

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Deutsche Kaiser selbst festgehalten.“ — Die Ursache dieses Rückschlages ist auch hier wie 1882/83 in tiefgehenden wirtschaftlichen Strömungen zu suchen, denen an dieser Stelle nicht weiter nachzugehen ist.

VII

Auch wirtschaftliche Körperschaften haben sich, wie nahe-
liegend, oft mit der Frage der zollpolitischen Einigung befaßt.
Ihre Meinungen gehen je nach den vertretenen Interessengruppen
auseinander wie die Strahlen der Windrose. Nicht selten be-
gegnet uns dabei im Hinblick auf England der Einwand, daß
das Zustandekommen des britischen Weltzollvereins mit Rücksicht
auf die Volksstimmung, die herrschende Partei usw. wenig Aus-
sicht auf Verwirklichung habe. Als Beweise werden angeführt:
die kühle Abneigung, die die britische Regierung den Wünschen
der Kolonial- und Reichskonferenzen bisher entgegenbrachte; die
Niederlagen, die die Schutzzöllner sich als politische Partei bisher
geholt haben usw. Aber alle diese Tatsachen erfordern heute eine
andere Beurteilung. Der Krieg ist immer und überall nicht nur
in der hohen Politik, sondern auch in den Fragen des Wirt-
schaftslebens das stärkste Argument. Es wurde schon dargelegt,
welche Verstärkung gerade der Krieg den Strömungen bringen
muß, die aus Great Britain ein Greater Britain machen wollen.
Nur zwei Erwägungen seien noch hinzugefügt. Ist es nicht mög-
lich, ja sogar wahrscheinlich, daß dieser Krieg den Sturz der
liberalen Regierung bedeuten wird, daß binnen kurzem zu Neu-
wahlen geschritten werden muß, die der unionistischen Partei, d. i.
der Partei der Tarifreformer, den Sieg bescheren werden? Was
dann kommen wird, sagt uns eine Entschließung, die im März 1914
von eben dieser Partei im englischen Unterhaus beantragt wurde.

„Das Unterhaus spricht sein Bedauern darüber aus,“ so
lautete der Antrag zur Thronadresse, „daß die Regierung sich
weigert, das fiskalische System Großbritanniens durch eine Tarif-
reform abzuändern, welche

1. „Imperial Preference“ einführen würde, soweit dies ge-
schehen kann, ohne neue Zölle auf eingeführte Nahrungsmittel
zu legen; hierbei würde die Einfuhr aus den britischen Dominions
zu geringeren Zollsätzen zuzulassen sein als die aus fremden
Ländern,